

brach die Verhandlungen nicht nur schroff ab, sondern bedrohte auch die Vojvodina-Abgeordneten mit Ausschluß aus der Partei, falls sie sich in drei Tagen nicht ihrer Mandate entäußert hätten. Um so weniger war nunmehr zwischen hüben und drüben eine Verständigung möglich, als auch in Kroatien die Anhänger der Diktatur einen eigenen Aktionsausschuß bildeten und auf die Spaltung der Partei hinarbeiteten. Darum betrieben auch die Anhänger der Demokratie im Sozialismus ihren Zusammenschluß mit allem Eifer: am 21. und 22. Juni einigten sich in Neufäß Vertreter der drei sozialistischen Parteien von Kroatien-Slawonien, Vojvodina und Slowenien auf Gründung der »Ujedinjenja socijalno-demokratska stranka Jugoslavije« (Geeinigte Sozialdemokratische Partei Südslawiens) in einem Beschluß, der jede Herausforderung zum Bürgerkrieg scharf verwirft, da in ihm das Proletariat als »ökonomisch und sozial schwächste Klasse Südslawiens« am meisten leiden müsse, und der sich entschieden für parlamentarische Mitarbeit ausspricht, da ihr Boykott einer Verneinung der süslawischen Reichseinheit gleichkomme.

Damit kann die Sozialdemokratische Partei Südslawiens als gegründet gelten, denn die Kongresse der drei Einzelparteien stimmen, soweit sie es nicht bereits heute getan haben, dem Neufäßer Beschluß ohne Zweifel zu, und dem gemeinsamen Parteitag bleibt nur übrig, freudig das Siegel unter vollzogene Tatsachen zu setzen. Dann aber wird sich zeigen, daß die prinzipielle Scheidung der Geister: Sie Demokratie! Sie Diktatur! nicht ganz der geographischen Trennung entspricht, obwohl heute die Parteien Serbiens, Bosniens und Dalmatiens auf kommunistischem, die Kroatiens, Sloweniens und der Vojvodina im allgemeinen auf sozialdemokratischem Boden zu stehen scheinen. Aber wie in Kroatien die Linksradikalen der Partei den Rücken gekehrt haben, der Südslawischen Sozialistischen Arbeiterpartei beigetreten sind und in einem neuen Blatt »Jstina« (Wahrheit) die Anhänger Koratschs und Buktschegs aus grobem Geschütz beschießen, so werden sich sicher auch in Serbien, Bosnien und Dalmatien Sozialisten, die ihren demokratischen Überlieferungen treu geblieben sind, über kurz oder lang sammeln, um zur »Geeinigten Sozialdemokratischen Partei Südslawiens« zu stoßen, und Optimisten sehen bereits auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der in zwei bis drei Monaten stattfindet, alle Länder Südslawiens vertreten, zumal auch der Zusammenbruch der ungarischen Räterepublik den südslawischen Kommunisten ein paar Mühen Wind aus den Segeln nimmt.

Über Optimisten hin, Optimisten her, historische Schuld oder historisches Schicksal: zum Pessimismus ist wahrhaftig mehr Grund, da die äußere Spaltung, innere Befehdung und gegenseitige Lähmung der an sich nicht starken Arbeiterbewegung im jungen SHS-Staat dem Bürgertum gestattet, unbehelligt im Rohr zu sitzen und sich Pfeifen zu schneiden.

Was können wir sozialisieren?

Zur Sozialisierung des Braunkohlenbergbaues.

Von Nikolaus Osterroth, M. d. N.

Die Revolution, deren Erschütterungen wir durchleben, ist keine rein politische. Hätten wir nur die Fürsten zu entthronen, die Junker aus ihrer politischen Machtstellung zu verjagen, könnten wir uns begnügen, die politi-

schen Privilegien zu beseitigen, so wäre das für die Kräfte, die hinter der Revolution stehen, ein Kinderspiel gewesen. Der alte halbabsolute Herrschaftstaat war aber nur das Herrschaftsmittel der Privilegierten zur Verwirklichung und Aufrechterhaltung ihres wirtschaftlichen Despotismus, der die Arbeiterklasse und die ihr ökonomisch verwandten Volksschichten knechtete. Mit dem politischen Herzog fiel der Mantel der wirtschaftlichen Knechtung. Und so folgt dem politischen Verfall des Klassenstaats die wirtschaftliche Revolution. Die alten Formen der privatrechtlichen Produktion krachen in allen Fugen. Mit sicherem Instinkt fühlen die politisch freigewordenen Volksmassen, daß die Quelle ihrer Leiden weit mehr in der wirtschaftlichen Lohnklaverei als in der politischen Knechtung lag. Sie verlangen daher neben der politischen Freiheit die Erlösung aus dem drückenden Joch kapitalistischer Ausbeutung.

Die Sozialdemokratie hat dem arbeitenden Volk in jahrzehntelanger Oppositionsstellung beides versprochen. Die Arbeiter verlangen jetzt die Einlösung der gegebenen Wechsel. Sie wollen von einer Prolongierung nichts wissen. Als gewissenhafte Liquidatoren des alten Geschäfts müssen wir dem großen Volksgläubiger aus der Masse das geben, was wir ohne Gefährdung unserer Volkswirtschaft irgend geben können. Um es vorweg zu sagen: Die ganze Forderung der Arbeiterklasse können wir zur Stunde nicht begreifen. Auch eine rein sozialistische Regierung, selbst eine proletarische Diktatur im Sinne der sogenannten Kommunisten könnte nicht mehr geben, als sie hat, denn der vierjährige Krieg hat die Lebenskraft unserer Volkswirtschaft in der unheilvollsten Weise erschüttert, die besten Vermögensstücke zertrümmert. Was geblieben ist, muß vorsichtig gesichtet werden. Was sich für die sozialistische Umgestaltung eignet, muß behutsam ausgesondert werden. Wir haben die Lebensnotwendigkeiten der nahen und fernen Zukunft zu beachten und müssen sie aus den Mitteln der Konkursmasse sicherstellen.

Das alles überhörende, zündende Schlagwort unserer sturmerfüllten Tage heißt: Sozialisieren. Wie die alten Märtyrer auf den glühenden Rossen stiegen und sich den wilden Tieren vorwarfen für das ersehnte Reich Gottes, so stürzen sich heute Hunderttausende in den selbstmörderischen Generalstreik, in Puttsche und Barrikadenkämpfe für die »Sozialisierung«, die ihnen nach ihrer naiven Meinung das Heil bringen soll. Man vergißt nur, daß der Brunnen durch vierjährigen unfreiwilligen Generalstreik, durch eine alles übersteigende Vernichtung und Vergeudung an produktiven Werken verschüttet ist. Untaugliche Objekte sozialisieren oder taugliche vorzeitig sozialisieren, hieße den Sozialismus diskreditieren. Die Massen würden erst recht am Sozialismus irre werden. Will man also dem Sozialismus dienen und ihn zur Wohlfahrt für das Volk werden lassen, dann darf man an ihm keine Pferdekuren vornehmen; dann muß man mit kühler Überlegung untersuchen, ob und was heute schon sozialisiert werden kann.

Was können wir sozialisieren? Das nächstliegende große Objekt, nach dessen Sozialisierung man ruft, ist der Bergbau. Gesehen wir zu, daß wir im letzten Wahlkampf auf das lebhafteste die Sozialisierung des Bergbaues verlangt haben. Unser Verlangen wurde begründet durch die Prosperität des Bergbaues in der Vorkriegszeit und in den ersten Kriegsjahren, für welche Zeit wir brauchbares statistisches Material zu haben glauben, um die Rentabilität des Bergbaues zu erweisen. Daß sich im Bergbau

privatkapitalistische Monopolformen herausbildeten, wie sie in einer die Volkswirtschaft drückenden Härte in keinem anderen Industriezweig anzutreffen sind, bildete einen weiteren Grund für unser Verlangen nach Sozialisierung, ganz zu schweigen von der Sklavenpeitsche, die die Werksbesitzer in der furchtbarsten Weise über ihren Arbeitern und Angestellten schlangen. Die Dividenden im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau verdoppelten sich im Kriege. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat zeichnete allein auslaufenden Überschüssen eine Viertelmilliarde Kriegsanleihe, ohne die Zeichnungen der angeschlossenen Werke. Wer hätte da nicht glauben sollen, daß sich die Sozialisierung lohnt, die man sich zunächst in der Form der Verstaatlichung vorstellte. Selbst die Demokraten und das Zentrum nahmen die Sozialisierung des Bergbaues in ihr Wahlprogramm auf.

Das erste Wasser in den Wein der verlangten Sozialisierung tat — die Sozialisierungskommission, die sich teilweise aus sozialistischen Theoretikern von Weltrup zusammensetzte. Namen wie Kautsky, Hilferding, Cunow, Hue schützten wohl die Sozialisierungskommission vor dem Verdacht, daß es ihr mit den Sozialisierungsabsichten nicht Ernst sei. Was stellte sie fest? Daß die Verstaatlichung heute die ungeeignestte Form der Sozialisierung sei. Es verlohnt sich, die stichhaltige Begründung in ihrem Protokoll nachzulesen, auf das hier verwiesen sei.

Die Revolution in Wechselwirkung mit dem in den letzten Kriegsjahren im Bergbau betriebenen Raubbau veränderte die Produktions- und Rentabilitätsresultate des Steinkohlenbergbaues im Laufe von einigen Monaten von Grund auf. Zurzeit wären an einer Verstaatlichung des Bergbaues niemand mehr interessiert als die Werksbesitzer selbst. Die Förderung pro Kopf der Belegschaft sank rapid. Während sie vor dem Kriege im Ruhrrevier auf etwa einer Tonne pro Kopf der Belegschaft stand, sank sie während des Krieges auf 0,80 Tonnen, obwohl fast keinerlei Gesteinsaufschließungs- und -vorrückungsarbeiten mehr verrichtet wurden und die Gesamtbelegschaft bei der Kohलगewinnung beschäftigt war. Nach der Revolution sank die Förderleistung rapid auf etwa 0,50 Tonnen.

Warum? Lag die Schuld etwa allein am Willen oder am körperlichen und moralischen Zusammenbruch der Arbeiter? Das anzunehmen, wäre sehr leichtfertig. Vielmehr wirkten vielerlei Umstände zusammen: das Zufließen vieler berufs fremder ungelerner Arbeiter, das allmähliche Versiegen der ergiebigsten Betriebspunkte, während neue von gleicher Mächtigkeit noch nicht erschlossen waren, große Arbeitermengen mußten daher zunächst für Jahre hinaus mit Aufschließungsarbeiten beschäftigt werden, in die Teilung der Förderquote aber werden sie mit eingerechnet. Schließlich wirkte auch die Zertrümmerung des Eisenbahnverkehrs und der Wagenmangel, ferner die Verlotterung der Förder- und sonstigen maschinellen Anlagen mit, um die Kopfleistung so weit herabzudrücken. Die fortgesetzte spartakistische Wühlerei, die sich mit dem schlimmsten Terror paarte, war auch kein Mittel, um die Förderleistung und die Prosperität zu heben.

Erst allmählich hob sich die Förderleistung pro Kopf auf etwas über 0,80 Tonnen. Trotz des Zurückgehens der Förderleistung ging der Hauerlohn von 13,50 Mark im Oktober 1918 auf etwa 20 Mark im Juni 1919 hinauf; die Löhne der übrigen Arbeiterkategorien sind in gleichem prozentualen Verhältnis gestiegen. Der Lohnanteil pro Tonne stand im Oktober auf

etwa 17 Mark, im Juni auf etwa 34 Mark, stieg also um 100 Prozent, während die der ministeriellen Genehmigung unterliegenden Richtpreise (Abnahmepreise des Syndikats) im gleichen Zeitraum durchschnittlich nur um 20 Prozent gestiegen sind, wobei nicht zu vergessen ist, daß die sonstigen Gestehungskosten sich in ungefähr dem gleichen Maße wie die Löhne erhöhten. Die Wirkung zeigt sich deutlich in den Börsennotierungen: Die Gewerkschaft Königsbrunn A.-G., einer der rentabelsten Zechen des Ruhrreviers, die 1917/18 noch 18 Prozent Dividende verteilte, und deren Kurse vor der Revolution mit 460 im Kurswert standen, notiert heute nur noch 210. So ziemlich alle Ruhrzechen leben heute lediglich von dem Fest, das sie im Kriege aufgespeichert haben. Der größte Teil hat Zubußen zu leisten, die höher sind als ihre früheren Gewinne. Die Sozialisierung des Steinkohlenbergbaues würde bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne und Kohlenpreise demnach das übernehmende Reich nach vorsichtiger Schätzung zwei Milliarden Mark Zubußen pro Jahr kosten. Geld verdient augenblicklich nur der Kohlenhandel, dem aber ab 1. Oktober durch die Sozialisierung des Kohlenhandels das Handwerk gelegt werden wird. An die Sozialisierung des Steinkohlenbergbaues wird man erst ernstlich denken können, wenn er wieder ertragsfähig geworden ist.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse beim K a l i b e r g b a u, in dem die Förderleistung pro Kopf von 122 Tonnen im ersten Quartal 1918 auf 34 Tonnen im ersten Quartal 1919 zurückgegangen ist, eine Erscheinung, die im wesentlichen in den gleichen Ursachen begründet liegt, wie sie vorstehend für den Steinkohlenbergbau dargelegt wurden. Nach einer dem Reichskalibrat vorgelegten Denkschrift betrug die Zubußen im ersten Vierteljahr 1919 45 Millionen Mark bei einer Belegschaftsziffer von 42 000 Köpfen; pro Arbeiter und Vierteljahr ergibt sich also eine Zubußen von über 1000 M a r k. Das zweite Quartal schneidet noch ungünstiger ab, so daß die Bankkredite für zahlreiche Unternehmungen erschöpft sind. Die Sozialisierung des Kaliberbaues dürfte sonach das Reich etwa eine Viertelmilliarde k o s t e n; sie würde viel weniger im Interesse der Arbeiter als der Werksbesitzer liegen. Welcher ernsthafte Sozialist kann der finanziell leergebluteten Republik im Augenblick zu solchen Eisenbarthuren raten?

Dagegen gewährt uns die Untersuchung des Braunkohlenbergbaues einen Lichtblick. Er ist gerade durch die Entwicklung im Kriege für die Sozialisierung reif geworden. Das jetzige Kabinett hat denn auch seine baldige Sozialisierung in Aussicht gestellt, und wir Sozialdemokraten haben dafür zu sorgen, daß sie nicht von Interessenten und Spekulanten im bürgerlichen Lager hintertrieben oder verwässert wird.

Solange Deutschland überfluß an Steinkohle hatte und diese den Markt beherrschte, regulierte sie den Preis der Braunkohle und hielt ihn niedrig. Der Wert einer Tonne Rohbraunkohle betrug 1908 nach der Statistik des Deutschen Reiches durchschnittlich 2,68 Mark. Der vorherrschende Tagbau und die durch die Indienststellung der Baggermaschinen verbilligten Gewinnungskosten ermöglichten bis 1915 noch eine Verbilligung auf 2,28 Mark pro Tonne, so daß die Braunkohle infolge ihres niedrigen Preises trotz des Steinkohlenreichtums ihr Absatzgebiet wesentlich ausdehnen konnte.

Dem Steinkohlenüberfluß der Vorkriegszeit folgte aber die erschreckendste Steinkohlennot. Die Steinkohlenförderung, die 1913 rund 195 Millionen

Tonnen betrug, wird im laufenden Jahre nach den Ergebnissen der ersten vier Monate (mit 24 Millionen Tonnen) kaum mehr als 75 Millionen Tonnen betragen, wovon wir trotz der Abtretung des Saarbeckens noch 43 Millionen Tonnen als Zwangslieferung an die Ententestaaten abgeben sollen. Der Fehlbetrag an Steinkohle für unsere eigene Wirtschaft wird von sachverständiger Seite auf 64,7 Millionen Tonnen berechnet, so daß die ernste Gefahr vorliegt, daß unserer Volkswirtschaft im kommenden Winter, in dem die Hausbrandversorgung noch hinzukommt, der Atem ausgeht.

Angesichts dieser Steinkohlennot gewinnt die Braunkohle eine ungeheure Bedeutung. Sie gewinnt mit einem Schlage eine ganz überragende Monopollstellung, die ihr jeden verlangten Preis sichert. Und die Werksbesitzer in Gemeinschaft mit dem syndizierten Handel müssen die Not des Volkes und der Industrie so rücksichtslos aus, daß selbst die abnehmende Großindustrie um Abhilfe schreit. Das Kalisyndikat teilt in einem dem Reichskaltrat und der parlamentarischen Kalkommission vorgelegten Nachweis mit, daß ihm eine Preissteigerung von 1,10 Mark pro Doppelzentner im vierten Quartal 1918 auf 2,23 Mark ab 1. April diktiert wurde. In zirka fünf Monaten also eine Preissteigerung von 104 Prozent, wobei Handelsgewinne gar nicht in Frage kommen. Die Steigerung beträgt einschließlich einer Qualitätsverschlechterung von 10 Prozent rund 58 Millionen Mark für die von ihm bezogene Menge und pro Jahr. Dabei ist die weitere ab 1. Juli eingetretene Preissteigerung noch nicht berücksichtigt.

Die Braunkohlenförderung betrug in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres 28 Millionen Tonnen. Man darf also mit einer Jahresförderung von mindestens 85 Millionen Tonnen rechnen, wenn nicht wieder ein Aberlaß durch einen Generallstreik eintritt. Damit ist die Friedensfördermenge annähernd wieder erreicht. Rechnet man nun die der Kaliindustrie auferlegte Preissteigerung auf die ganze Fördermenge um (den kleinen Abnehmern wird man gewiß keine niedrigeren Preise gewähren), so ergibt sich ohne die nach dem ersten Halbjahr eingetretenen Aufschläge eine allein den Werken zugute kommende Preissteigerung von 949 Millionen Mark. Man könnte nun annehmen, und die Interessenten werden das sicher vorschlagen, daß diese Verfeuerung der Braunkohle durch die Lohnsteigerungen verursacht sei. Das trifft aber nicht zu. Im vierten Quartal 1918 betragen die Durchschnittslöhne im Braunkohlenbergbau pro Schicht und Kopf 9,60 Mark; ab 1. Mai 1919 betragen sie 13,60 Mark. Das sind 4 Mark Lohnsteigerung oder 1200 Mark pro Kopf und Jahr (Statistik des Bergarbeiterverbandes). Die Belegschaft, die im November etwas über 40 000 Köpfe betrug, wurde auf 90 000 Mann gesteigert. Sehen wir letztere reiflos ein, so ergibt sich für das ganze Jahr eine Lohnsteigerung von $90\,000 \times 1200$ Mark = 108 Millionen Mark, für die übrigen 841 Millionen Mark fehlt die Begründung.

Nun haben die Herrschaften aber vor dem 1. Dezember 1918 auch schon verstanden, ihr Schäfchen zu scheren, wie die Kurzzeffel ausweisen. Berücksichtigt man, daß die Tonne Briekette zurzeit 50 Mark ab Werk kostet (in der Tonne Briekette sind etwa 2 Tonnen Rohkohle enthalten, die bei dem jetzigen Stande der Löhne etwa 19 Mark Lohnanteil einschließlich der Abraumkosten repräsentieren), so darf man mit Sicherheit annehmen, daß

gegenwärtig $1\frac{1}{4}$ Milliarden Mark Reingewinn allein von den Braunkohlenwerken erzielt werden. Während also der Steinkohlenbergbau augenblicklich die schwerste Krise durchmacht, schwimmt der Braunkohlenbergbau »im Gold«!

Ebenso profitabel geht es im Braunkohlenhandel zu, der zum erheblichen Teil in den Händen »der Familie« liegt. Wie erwähnt, kostet die Tonne Briquette ab Werk 50 Mark. Im Kleinhandel Mitteldeutschlands aber kostet der Zentner ab Lager 4,20 Mark gleich pro Tonne 84 Mark. In dem Handelsaufschlag von 34 Mark ist die Kohlensteuer nicht enthalten, da diese vom Produzenten zu entrichten ist und in den Werkspreis einkalkuliert ist. Der Friedensaufschlag des Handels einschließlich Fracht bewegte sich zwischen 8 und 10 Mark pro Tonne, je nach der Entfernung vom Werk. Der Handel hat also seine »Risikoprämie« um das Drei- bis Vierfache erhöht. Der Löwenanteil der Braunkohlenförderung wird durch den Handel umgeseht. Der absolute Reingewinn des Händlers pro Tonne läßt sich mangels schlüssiger Unterlagen nicht genau feststellen. Der Bruttoaufschlag von 68 Prozent auf die Tonne Briquette, der für Rohkohle wohl im gleichen Verhältnis steht, läßt aber die Annahme zu, daß der Handelsgewinn kaum wesentlich hinter den Werksgewinnen zurückbleibt. Stellen wir ihn in gleicher Höhe ein, so ergibt sich für die gesamte Braunkohlenförderung ein Tribut von $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark, den das deutsche Volk an die Werksbesitzer und den Braunkohlenhandel zu entrichten hat. Der schätzungsweise ermittelte Verkaufspreis abzüglich Kohlensteuer und Frachten beziffert sich auf 3331 Millionen Mark, denen nur 713 Millionen Mark Lohn und sonstige Gewinnungskosten gegenüberstehen. Die Löhne selbst befragen bei einer Belegschaft von 90 000 Köpfen, von welchen zurzeit ein sehr großer Bruchteil bei den während des Krieges vernachlässigten Abraumarbeiten beschäftigt ist, 367,2 Millionen Mark, also etwas mehr als den zehnten Teil des Verkaufspreises. Auf die Tonne entfällt bei einer Tagesleistung von 3,1 Tonnen pro Kopf an Lohnanteil 4,40 Mark, wobei aber beachtet werden muß, daß mindestens 30 Prozent der Belegschaft bei den forcierten Abraumarbeiten, also nicht bei der Kohlengewinnung beschäftigt werden.

Wenn bei irgendeinem industriellen Zweig, so ist beim Braunkohlenbergbau die Vollsozialisierung ein Gebot der Notwendigkeit. Nicht allein aus finanziellem Interesse, das gewiß zwingend ist, weil die verschuldete Republik hier eine ergiebige Quelle findet, aus der sie mit tausendmal größerem Rechte schöpft als die privatkapitalistischen Monopolisten. Ausschlaggebend muß die Aussicht sein, daß die Braunkohlensförderung durch die Initiative des Reiches in kürzester Frist so erheblich gesteigert werden kann, daß wir der beängstigenden Kohlennot Herr werden. Die Erfahrung lehrt, daß der privatkapitalistische Unternehmer nicht immer das Interesse hat, die Produktion größerer Ergiebigkeit entgegenzuführen. Gerade im Bergbau ist in den Monaten der Revolution nach Mitteilung zahlreicher Beamten und Arbeiter von einzelnen Unternehmern viel mehr Sabotage getrieben worden als von Arbeitern, und zwar in der Hoffnung, daß man den Sozialismus und die Republik in nicht zu übermäßigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erdroffeln könne. Im Braunkohlenbergbau ist durch die Sozialisierung weder finanziell noch technisch etwas zu riskieren; aber man kann ungeheuer viel dabei gewinnen.

Im Jahre 1915 betrug die Kopfleistung 7,4 Tonnen pro Tag. Sie hielt sich annähernd auf dieser Höhe bis Ende 1918. Werden die Abraumarbeiten beschleunigt, so daß die heute bei den Abraumarbeiten beschäftigten Massen bei der Kohलगewinnung beschäftigt werden können, so läßt sich die Fördermenge ganz erheblich steigern, absolut und pro Kopf. Denn die Baggermaschine gibt das Arbeitstempo an. Neue große Felder müssen rasch erschlossen werden. Der beliebigen Vergrößerung der Belegschaft steht als wesentlichstes Hindernis nur die Wohnungsnot entgegen, an deren Beseitigung das Reich schleunigst gehen muß; auch im Steinkohlenbergbau, der sofort 100 000 Arbeiter mehr aufnehmen könnte, wenn Wohnungen für sie vorhanden wären. Dies Hindernis muß überwunden werden; denn davon hängt unser wirtschaftliches Leben ab. Im Braunkohlenbergbau aber kann die Förderung viel rascher und intensiver gesteigert werden als im Steinkohlenbergbau. Darum muß das Reich hier zuerst zugreifen. Jede Verzögerung ist unentschuldigbar und kann zum Verhängnis werden. Wenn irgendwo, kann die Republik durch die Sozialisierung der Braunkohle zeigen, daß die sozialistische Produktionsform kein lebensvernichtendes Experiment dogmengläubiger Fanatiker ist, sondern daß sie eine höhere, ergiebigere, lebenspendende Kraft ist, die werbend wirkt.

Das kommunistische Agrarprogramm.

Von Arno Franke.

Der Weltkrieg hat den Völkern gezeigt, was es mit der Lebensmittelversorgung auf sich hat. Solange sich Weltverkehr und Austausch ohne wesentliche Reibungen und Hemmnisse vollzogen, betrachtete man die Versorgung der den Kulturkreis der Erde bewohnenden Völker als etwas Selbstverständliches. Wie so manchem anderen Glauben, so hat der Krieg auch dieser Auffassung den Garau gemacht. Heute weiß man, daß die Schaffung einer gewissen Unabhängigkeit von der ausländischen Zufuhr das Ziel einer deutschen Agrarpolitik sein muß.

So kommt es, daß die politischen Parteien der Agrarfrage nicht mehr aus dem Wege gehen können. Die schönen Zeiten, in denen man dieses schwierige »Problem« ignorieren zu können glaubte, sind dahin. Ein neuer kategorischer Imperativ macht sich in den politischen Kreisen geltend, die auf die Gestaltung des neuen Deutschlands Einfluß gewinnen wollen. Er lautet: Rein in die Kartoffeln! Damit ist noch nicht gesagt, daß sich die neuen »Agrarspezialisten«, die sich in den einzelnen Parteien bis jetzt haben hören lassen, in den neuangemessenen Bauernstiefeln mit besonderem Geschick bewegen. Wenigstens hat mich ein landwirtschaftlicher Freund, den ich mit der einschlägigen politischen Literatur versorge und der bei der Bewirtschaftung seines bäuerlichen Gutes noch Zeit findet, mir hier und da mit einem Gutachten über agrarische Fragen an die Hand zu gehen, kürzlich wissen lassen, daß das Studium der neueren politisch-agrarischen Literatur den Praktiker der Notwendigkeit überhebe, Witzblätter zu lesen. Die Zeit sei zwar trostlos, schrieb er mir, aber solange ich ihm diese Sachen zusenden würde, sei für die Heiterkeit seines inneren Menschen vollaus gesorgt.

Dem Zuge der Zeit folgend, ist nun auch die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) mit einem Sammelfurium herausgekommen,